



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Jürgen Mistol, Kerstin Celina, Tim Pargent, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Verena Osgyan, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Martin Stümpfig, Laura Weber, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Wohnungsbau- und Obdachlosenhilfe stärken!
(Kap. 10 03 Tit. 684 72)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap.10 03 wird der Ansatz im Tit. 684 72 (Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen) für das Jahr 2024 von 4.545,0 Tsd. Euro um 455,0 Tsd. Euro auf 5.000,0 Tsd. Euro erhöht.

In Kap.10 03 wird der Ansatz im Tit. 684 72 (Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen) für das Jahr 2025 von 4.545,0 Tsd. Euro um 455,0 Tsd. Euro auf 5.000,0 Tsd. Euro erhöht.

Begründung:

Das Statistische Bundesamt geht aktuell von 32 380 wohnungslosen Menschen in Bayern aus. Im Vorjahr waren es 17 910 Personen. Die Zahl der wohnungslosen Menschen hat sich in Bayern damit seit 2022 fast verdoppelt. Dieser Anstieg ist alarmierend und zeigt dringenden Handlungsbedarf auf. Das hat nicht zuletzt mit der Inflation und steigenden Miet- und Energiekosten zu tun, vor allem aber das unzureichende Angebot an bezahlbarem Wohnraum, der sinkende Bestand an Sozialwohnungen und eine Verfestigung der Armut verschärfen die Situation zusehends. Besonders gefährdete Gruppen sind einkommensarme Ein-Personen-Haushalte, Alleinerziehende und kinderreiche Paare. Auch Beratungsstellen verzeichnen eine steigende Nachfrage, während der verfügbare und bezahlbare Wohnraum abnimmt. Wohnungs- und Obdachlosigkeit sind längst jenseits der großen Städte zu einem Problem geworden. Die Regierungskoalition aus CSU und FREIE WÄHLER hat in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, das Hilfsangebot für wohnungs- und obdachlose Personen erweitern und den Aktionsplan „Hilfe bei Obdachlosigkeit“ weiter ausbauen zu wollen. Durch den Aktionsplan konnten zwar viele erfolgreiche Modellprojekte realisiert werden, es fehlt jedoch weiterhin ein flächendeckendes Netz an Hilfen. Zudem wurde seitens der Staatsregierung angekündigt, ein Housing-First-Programm auf den Weg bringen zu wollen. Aus dem Titel werden zudem auch die 12 Bahnhofsmissionen in Bayern gefördert, die niederschwellige Hilfsangebote für Menschen in Notlagen, unter anderem auch bei Wohnungslosigkeit, anbieten. Vor diesem Hintergrund ist die Aufstockung der Mittel dringend notwendig.